



Angepackt!

2006 bis 2009 – Eine positive Bilanz für Berlin

Berlin

Fraktion
SPD

Inhalt

Vorwort des Fraktionsvorsitzenden Michael Müller	1	Stadtentwicklung und Soziales – Die solidarische Stadt	18
Bildung – Ein Spitzen-Kitaangebot und eine neue Schulstruktur	2	Menschen mit Behinderung – Für ein barrierefreies Berlin	21
Finanzen – Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen	6	Toleranz – Gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung	22
Wirtschaft – Beste Ansiedlungsbilanz	8	Verbraucherschutz – Mehr Transparenz und Information	23
Arbeit – Wir finanzieren Arbeit statt Arbeitslosigkeit	10	Sport – Die Welt zu Gast in Berlin	24
Gleichstellung – Für mehr Geschlechtergerechtigkeit	12	Sicherheit – Konsequent gegen Rechtsbruch	25
Integration – Vielfalt und Zusammenhalt	13	Gesundheit – Kinderschutz und Nichtraucherschutz	26
Wissenschaft – Wissen schafft Berlins Zukunft	14	Umwelt – Für erneuerbare Energien und gegen Atomstrom	27
Kultur – Besuchermagnet Hauptstadt	16		



Angepackt!

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Berlin entwickelt sich immer weiter, die Attraktivität der Stadt wächst stetig. Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses setzt sich ein für den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und dafür, dass alle Menschen eine gute Perspektive haben.

Mit dieser Bilanz zur Mitte der laufenden Wahlperiode wollen wir Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Entscheidungen zwischen 2006 und 2009 geben. Wir haben in allen Ressorts vieles bewegt.

In den Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kommt es umso mehr auf eine Politik der sozialen Verantwortung an. Wir kämpfen um den Erhalt von Arbeitsplätzen und dafür, dass auch in schwierigen Zeiten niemand vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen wird.

Seriöse Finanzpolitik bedeutet für uns, den Landeshaushalt weiter zu konsolidieren, aber auch zielgerichtet in die Zukunft zu investieren. Unsere Schwerpunkte sind klar gesetzt: Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Wir wollen eine solidarische Stadt, in der alle friedlich zusammen leben und sich wohlfühlen. Daran arbeiten wir – gemeinsam mit Ihnen.

Ihr

Bildung – Kita



Berlin investiert im Bundesländervergleich am meisten in die frühe Bildung, Betreuung und Erziehung. Wir wollen, dass alle Berliner Kinder eine Kita besuchen, damit sie sich besser entwickeln und einen guten Schulstart haben. Auch und gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ist eine frühe Förderung sehr wichtig. In den kommenden Jahren werden wir das Angebot in den Kitas schrittweise quantitativ und qualitativ immer weiter verbessern.

- Wir geben jährlich über 800 Millionen Euro für den Kita-Bereich aus und mit durchschnittlich 2776,- Euro pro Kind mehr als jedes andere Bundesland.
- Das letzte Kitajahr ist seit 2007 für die Eltern beitragsfrei. 2010 wird das zweite und 2011 das erste Kitajahr beitragsfrei. Das ist im Kitagesetz festgeschrieben. Wir entlasten damit Eltern finanziell und helfen ihnen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.
- Eltern haben einen Rechtsanspruch ohne Bedarfsprüfung auf 5 Stunden Betreuung am Tag für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Dieser Rechtsanspruch wird in Berlin im letzten Kitajahr auf 7 Stunden erweitert.



- Die gesetzlich geregelte vorschulische Sprachförderung ist ein wichtiger Baustein für den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund.
- Ab 2013 wird der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auch für Kinder von ein bis drei Jahren eingeführt. Das wurde von der SPD auf Bundesebene erkämpft.

Reine Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte für Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung pro unter 10-jährigem Kind. Quelle: „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008“, Bertelsmann Stiftung

Investitionen pro Kind im Bundesländervergleich

Berlin	2776,-
Hamburg	2329,-
Brandenburg	2273,-
Sachsen	2226,-
Sachsen-Anhalt	2155,-
Thüringen	2034,-
Mecklenburg-Vorpommern	1880,-
Bremen	1560,-
Rheinland-Pfalz	1533,-
Hessen	1499,-
Saarland	1416,-
Nordrhein-Westfalen	1362,-
Baden-Württemberg	1257,-
Bayern	1198,-
Niedersachsen	1048,-
Schleswig-Holstein	1019,-



Schule

Wir haben bereits viel getan. Zum Beispiel mit der besseren Lehrerausstattung, der zielgenauen Verteilung von Lehrkräften, der Vertretungsreserve, den Ganztagsangeboten und dem bezuschussten Schulmittagessen. Kinder aus Familien, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden, erhalten ein kostenloses „Startpaket“ mit den wichtigsten Lehrmaterialien. Die einzelnen Schulen sind durch mehr Rechte und Eigenverantwortung gestärkt worden.

- Wir haben das Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm in diesem Jahr um weitere 50 Millionen aufgestockt. Im Jahr 2009 umfasst das Programm damit 82 Millionen Euro, in den nächsten beiden Jahren wie in der Vergangenheit wieder 32 Millionen Euro. In den Schulen können mit diesen Mitteln schnell notwendige Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen erledigt werden. Für die Sanierung von Schwimmbädern und Sportstätten außerhalb von Schulen gibt es darüber hinaus eigene Programme mit zusätzlichen Geldern.
- Aus dem Konjunkturprogramm II investiert Berlin 411 Millionen Euro in den Bildungsbereich – 196 Millionen Euro für die Schulen, der Rest für Kitas und Hochschulen. Wir finanzieren mit diesen Geldern die neue Schulstruktur,

den erweiterten Ganztagsbetrieb einschließlich neuer Mensen sowie umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Insgesamt profitieren allein von diesen Konjunkturmitteln 380 Kitas und Schulen in allen Berliner Bezirken.

- Mit der neuen Schulstruktur verbessern wir den Zugang zu Bildung. Die Fusion der Hauptschule mit der Realschule und Gesamtschule zur Sekundarschule folgt einem erklärten Ziel: Niemand soll auf dem Bildungsweg den Anschluss verpassen. An der Sekundarschule gibt es längeres gemeinsames Lernen, eine bessere Ausstattung, Ganztagsbetreuung sowie die Möglichkeit, das Abitur nach der 12. oder 13. Klasse abzulegen. Der Schwerpunkt liegt auf mehr individueller Förderung und stärkerem Berufsbezug.

- Neben den Sekundarschulen bleiben Gymnasien als eigenständige Schulart bestehen. Die Gymnasien werden gestärkt, weil sie durch die Schulleiterentscheidung unterschiedliche Profile ausbilden können.
- Das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule wird weitergeführt. In dieser neuen Schulform werden Kinder von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss gemeinsam unterrichtet – ohne äußere Leistungsdifferenzierung oder Sitzenbleiben.
- Wir haben an den Berliner Oberschulen den gemeinsamen Ethikunterricht eingeführt für mehr Wertevermittlung und Integration. Beim Volksentscheid „Pro Reli“ haben die Berlinerinnen und Berliner nach intensiver Diskussion klar für den Erhalt des Faches gestimmt.



Finanzen

Wir haben in Berlin einen Mentalitätswechsel geschafft. 2007 und 2008 schloss der Landeshaushalt mit Überschüssen ab und erstmals konnten Schulden zurückgezahlt werden. Auch in den schwierigen Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise halten wir weiter an der Haushaltskonsolidierung fest. Mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II investieren wir zielgerichtet in die Zukunft.

→ Mit der Weiterentwicklung des Controlling ist die wirtschaftliche Stabilität der landeseigenen Unternehmen gestiegen. Sie erwirtschaften Überschüsse und tragen zur Haushaltskonsolidierung bei. Um die unternehmerischen und haushalterischen Risiken zu minimieren, sind auf unsere Initiative hin

Sale-and-lease-back-Geschäfte zusätzlich zu Cross-Border-Leasing-Verträgen für Berliner Landesunternehmen untersagt. Wir haben die Unternehmen damit für die Zukunft als erfolgreiche kommunale Unternehmen abgesichert.

→ Die SPD-Fraktion schließt weitere Privatisierungen städtischer Unternehmen aufgrund ihrer Bedeutung für das Gemeinwohl aus. Wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann verantwortlich im Sinne der Bürger gehandelt werden.

→ Mit dem erfolgreichen Verkauf der Landesbank Berlin wurde 2007 ein sehr schwieriger Prozess der Konsolidierung und Sanierung zu einem großartigen Abschluss gebracht.

Die nach dem Berliner Bankenskandal um Klaus-Rüdiger Landowsky neu strukturierte Bank brachte einen Erlös von rund 4,6 Milliarden Euro. Der Erlös hat in einem erheblichen Umfang dazu beigetragen, die finanziellen Folgen des Bankenskandals vom Landeshaushalt und damit von der Allgemeinheit abzuwenden. Besonders wichtig war uns, dass das rote „S“ – die Berliner Sparkasse – weiter erhalten werden konnte.

→ Berlin steuert 158 Millionen Euro als Eigenbetrag zu den insgesamt rund 632 Millionen aus dem Konjunkturpaket II des Bundes bei, um die Auswir-

kungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise abzufedern. Ziel ist die Belebung der Konjunktur und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

→ In den Jahren 2010 und 2011 investieren wir damit auch in Berlins Zukunft. Wir sanieren Kitas, Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser, Schwimmbäder und andere öffentliche Gebäude. Und schaffen damit gleichzeitig Aufträge für die lokalen Bau- und Handwerksbetriebe. Außerdem fließen Mittel in den Lärmschutz von Straßen sowie IT-Ausstattung und Spezialfahrzeuge für die Feuerwehr.

→ Wir tragen der Finanzsituation der Bezirke Rechnung und haben die Bezirkszuweisungen im Umfang von rund 90 Millionen pro Jahr erhöht.



Wirtschaft

Berlin ist eine Spitzenregion in Deutschland. Wir bieten Unternehmen ein attraktives Umfeld. Zu den Ansiedlungen der vergangenen zwei Jahre zählen der US-Pharmakonzern Pfizer, die Solar-Unternehmen Inventux, Solon und Sulfurcell, die „Bild“-Zeitung, die Nachrichtenagentur dpa, die Modemesse Bread & Butter und das Dienstleistungsunternehmen Sitel.



- Berlin Partner hat im Jahr 2008 in der Hauptstadt 128 Unternehmensprojekte neu angesiedelt, in denen die Unternehmen rund 5900 Arbeitsplätze schaffen. Das ist die beste Ansiedlungsbilanz seit Bestehen der Berliner Wirtschaftsförderung.
- Das Berlin eine starke Position bei den zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen einnimmt, belegt der „Zukunftsatlas

Branchen 2009“: Rang 1 bei der Gesundheitswirtschaft, Rang 2 bei hochwertigen Unternehmens- und Forschungsdienstleistungen, Rang 4 bei Logistik. Insgesamt sind rund 301 000 Berliner in einem der so genannten Zukunftsfelder beschäftigt – mehr als in jeder anderen Region.

- Mit der Einführung des Unternehmensservice bei Berlin Partner und den Bezirken stärken wir den Wirtschaftsstand-

ort. Jedes Berliner Unternehmen hat künftig einen kompetenten Ansprechpartner in seinem Bezirk, der Unterstützung bietet bei Themen wie Standortfragen, Erschließung neuer Märkte, Informationen zu Förderprogrammen, Erfahrungsaustausch und Vernetzung mit potenziellen Geschäftspartnern.

- Wir setzen weiter auf den Ausbau der fünf Berliner Kompetenzfelder Bio-



technologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien, Verkehrssystemtechnik sowie Optische Technologien und Energietechnik.

- Mit dem Kreditfonds für kleinere und mittlere Unternehmen der Investitionsbank Berlin sichern und stärken wir die regionale Wirtschaft.

- Der Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg International gibt neue Impulse für die gesamte Berliner Wirtschaft – für Tourismus, Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe und natürlich Baugewerbe und Industrie. Die Zahlen: 40 000 neue Arbeitsplätze, rund 3 Milliarden Euro Investitionen. Die Aufträge kommen vor allem der kleinen und mittelständischen Bauwirtschaft der Region zugute.

- Der größte Teil der Konjunkturmittel fließt in die Sanierung von Berliner Kitas, Schulen und Hochschulen, Krankenhäusern, Schwimmbädern und anderen öffentlichen Gebäuden. Wir haben die Wertgrenzen für die Ausschreibungen gesenkt, damit die Mittel zügig freigegeben werden können. Viele Aufträge an lokale Bau- und Handwerksbetriebe sind bereits vergeben.
- Wir wollen, dass das Land Berlin eine Vorreiterrolle bei der Vergabe von Aufträgen einnimmt und Maßstäbe bei sozialen Standards setzt. Wir haben deshalb ein Vergabegesetz beschlossen, mit dem wir bei den Aufträgen des Landes einen Mindestlohn von 7,50 Euro vorschreiben.



Arbeit

Im Jahr 2008 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um mehr als 33 000 auf über 1,6 Millionen gewachsen. Berlin liegt mit dieser Steigerung von 2,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Wir kämpfen weiter um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Wichtigste ist, dass die Langzeitarbeitslosen und ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger in unserer Stadt wieder eine Perspektive erhalten.

- Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Deshalb haben wir seit Beginn der Legislaturperiode für rund 7500 Langzeitarbeitslose Arbeitsplätze im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) geschaffen. Damit eröffnen wir ihnen neue Qualifikations- und Beschäftigungschancen. Die ÖBS-Beschäftigten leisten für die Stadt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sinnvolle Arbeit. Die Entlohnung entspricht dem vom Land Berlin auch auf Bundesebene geforderten Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit der Jobcenter weiter verbessert wird. Um der unterschiedlichen Bewilligungs- und Zuweisungspraxis in den Berliner Bezirken entgegen zu steuern, haben wir einen Antrag zur landeseinheitlichen Steuerung der Aktivitäten

der Berliner Jobcenter verabschiedet. Wir wollen das von den Unionsfraktionen im Bundestag verhinderte Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“, das heißt, die gemeinsame Betreuung der Erwerbslosen durch Arbeitsagenturen und Kommunen, dauerhaft absichern.

- Gerade in der gegenwärtigen Krisensituation ist eine effektive Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik besonders wichtig, um Beschäftigung zu sichern, Reintegration zu erleichtern und die negativen Folgen von Arbeitslosigkeit für die Betroffenen zu mildern. Im Nachtragshaushalt des Landes Berlin wurden deshalb zusätzlich 18 Millionen Euro für arbeitsmarkt- und berufsbildungspolitische Maßnahmen im Jahr 2009 bereitgestellt.

- Die Modulare Duale Qualifizierungsmaßnahme (MDQM) ist eine neue Form der schulischen Ausbildung, mit der Jugendliche schrittweise eine berufliche Qualifikation erwerben. Ziel ist das Erlangen des Hauptschulabschlusses bzw. des erweiterten Hauptschulabschlusses und die Berufsausbildung.



Gleichstellung



Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zum Kern unseres politischen Selbstverständnisses.

- Wir haben den Senat aufgefordert, für die Besetzung von Vorstandspeditionen und Geschäftsführungen in allen Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung ein transparentes Verfahren anzuwenden, um die Positionen nach den Grundsätzen des Landesgleichstellungsgesetzes geschlechtergerecht zu besetzen.
- Beim Gender Budgeting ist Berlin Vorbild für viele andere Gebietskörperschaften im In- und Ausland. Gender Budgeting bezeichnet ein Steuerungsinstrument für eine gerechte Geschlechterpolitik. Damit können geschlechtsspezifische Auswirkungen

von haushaltspolitischen Entscheidungen sichtbar gemacht werden. Berlin bildet systematisch Gender-Informationen im Haushalt ab. Die Daten helfen dabei, den Haushalt im Sinne einer erhöhten Geschlechtergerechtigkeit umzusteuern, wenn notwendig.

- Mit dem Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre haben wir die Weichen gestellt für die Erhöhung des Frauenanteils in allen wissenschaftlichen Qualifikationsstufen und insbesondere in Führungspositionen. Mit dem Programm soll der Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft begegnet werden.

Integration

Berlin ist Heimat für Menschen aus über 180 Nationen. Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt zeichnen unsere Stadt aus. Wir fördern Gleichbehandlung und bekämpfen Diskriminierung.



- Berlin hat den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an neuen Ausbildungsverhältnissen im Öffentlichen Dienst von 2006 bis 2008 fast verdoppelt. Mittelfristig wollen wir den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Auszubildenden im Öffentlichen Dienst auf 20 Prozent erhöhen.
- Wir haben das Programm „Ausbildung in Sicht“ zur Qualifizierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund initiiert. Ziel ist es, die Ausbildungsfähigkeit zu erhöhen und die Sprachkompetenz zu stärken. Kernbestandteil des Programms ist die Verknüpfung von Sprachförderung im Berufsfeld und Berufsorientierung.
- Die Berliner Einbürgerungskampagne „PASSt mir“ wird fortgesetzt. Sie wirbt speziell bei jungen Zuwanderinnen und Zuwanderern für die Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft.
- Wir haben die Bundesratsinitiative des Senats zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für dauerhaft in Deutschland lebende Nicht-EU-Bürger/-innen parlamentarisch unterstützt.

Wissenschaft

Berlin ist eine der führenden Wissenschaftsmetropolen Europas und hat national und international eine Spitzenposition. In Berlin werden knapp vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Wir wollen weitere Talente und Spitzenforschung anziehen.

- Der Technologiepark Adlershof zählt bereits zu den 15 größten der Welt. Dort haben wir die Ansiedlung von Wissenschaft und Wirtschaft an einem Standort unterstützt. In Adlershof arbeiten über 14 000 Beschäftigte in 814 Unternehmen und 17 wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Umsätze haben im Jahr 2008 rund 2,2 Milliarden Euro betragen.
- Mit der Freien Universität verfügt Berlin über eine Elite-Hochschule, flankiert von weiteren Spitzenclustern an der Humboldt-Universität und der Technischen Universität. Auch unsere Fachhochschulen bieten hervorragende Lehre auf höchstem Niveau.
- Wir haben die Einstein-Stiftung eingerichtet. Damit bündeln wir herausragende universitäre und außeruniversitäre Forschungsbereiche und machen die Berliner Spitzenforschung international sichtbar.
- Wir fördern Forschung und Lehre bis 2011 mit einer weiteren halben Milliarde Euro durch den Berliner Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft“, durch Mittel aus der Exzellenzinitiative des Bundes und dem Hochschulpakt 2020 sowie durch die Übernahme von Berliner Instituten in die Gemeinschaftsfinanzierung von 2011.



- Die Einigung bei den Hochschulverträgen ermöglicht den Hochschulen und Fachhochschulen eine finanzielle Absicherung für die kommenden Jahre und damit mittel- und langfristige Planungssicherheit. Zudem soll sich die Zahl der Studienanfängerplätze in Berlin noch einmal erhöhen. Dies schafft für Abiturienten des doppelten Jahrgangs 2012 eine echte Chance, in Berlin studieren zu können. Um allen eine optimale Ausbildung zu ermöglichen, bleibt das Studium auch in Zukunft gebührenfrei.

Kultur

Berlin ist eine Kulturstadt. Die Opern, Theater, Museen und die freie Szene locken jedes Jahr Millionen Kunstinteressierte aus dem In- und Ausland in die Hauptstadt und schaffen zehntausende Arbeitsplätze. Das Filmfestival Berlinale ist ein internationales Aushängeschild für Berlin. Modemessen wie die Fashion Week und Bread & Butter zeigen die Lebendigkeit der Fashion- und Designszene der Stadt.

- Das Land gibt für den Bereich Kultur jährlich rund 550 Millionen Euro aus. Hinzu kommen Bundesmittel und Mittel für die Sanierung von kulturellen Einrichtungen wie Staatsoper, Museumsinsel und Märkisches Museum. Auch beim Naturkundemuseum ist es gelungen, es durch eine Bund-Länder-Finanzierung abzusichern.
- Mit dem Humboldt-Forum bekommt Berlin ein Forum der Wissenschaft, der Kunst und des öffentlichen Diskurses. Berlin beteiligt sich mit 32 Millionen Euro in Raten ab 2012 an den Gesamtbaukosten in Höhe von ca. 480 Millionen Euro für das Stadtschloss. Dafür wurde der Stadt ein Nutzungsrecht von 5000 Quadratmetern eingeräumt.





Diese Konditionen hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit einvernehmlich mit dem Bund ausgehandelt.

- Wir sorgen dafür, dass die Geschichte Berlins an vielen verschiedenen Orten präsent und erlebbar ist, z.B. mit dem Mauergedenkstättenkonzept und dem Themenjahr 2009 Zwanzig Jahre Mauerfall. Der Bau des NS-Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“, der gemeinsam von Bund und Land finanziert wird, geht zügig seiner Vollendung entgegen.
- Die Berliner Landesmuseen gewähren freien Eintritt für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr. Die öffentlichen Bibliotheken stehen allen Kindern bis zum 16. Lebensjahr unentgeltlich zur Verfügung.

- Berlin ist Anziehungspunkt für Kreative und KünstlerInnen aus aller Welt. Der Umsatz der Berliner Kulturwirtschaft ist seit dem Jahr 2000 um 25 Prozent gewachsen, in der Branche arbeiten mehr als 160 000 Beschäftigte. Sie erwirtschaften mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Stadt.
- Die Umzugspläne des Suhrkamp Verlags und das eindeutige Bekenntnis dieser traditionsreichen Kulturinstitution für die deutsche Hauptstadt unterstreicht die Bedeutung des Medienstandortes Berlin.

Stadtentwicklung

Berlin ist eine der mieterfreundlichsten Hauptstädte Europas. Wir stehen für eine gerechte Mieten- und Baupolitik. Insbesondere einkommensschwache Haushalte sollen sich angemessenen Wohnraum leisten können. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Angebot an bezahlbaren Wohnungen auch in der Innenstadt gesichert ist.



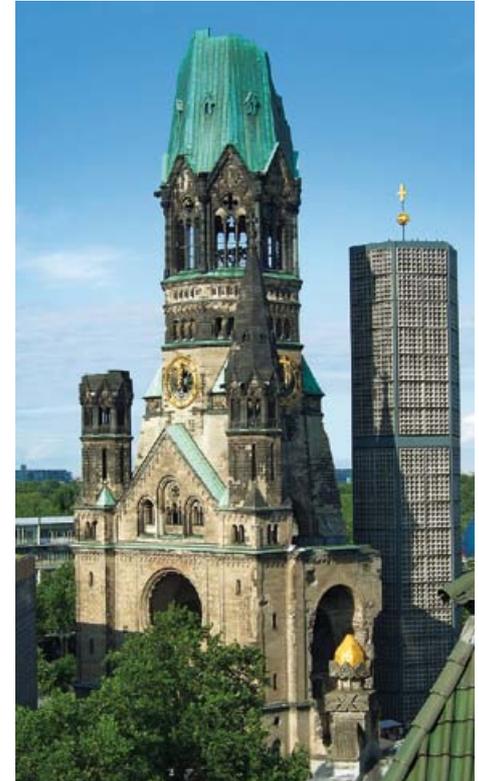
→ Der nachhaltige Mietspiegel 2009 berücksichtigt stärker ökologische Belange und damit auch die Betriebskosten. Der Mietspiegel ist ein rechtssicheres Instrument.

Er schützt Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Vermieter müssen keine Vergleichsobjekte suchen und teure Gutachten beauftragen.

- Zur Begrenzung des Mietanstiegs haben wir erneut Kappungsgrenzen im sozialen Wohnungsbau für das Jahr 2009 festgelegt. Weil wir wollen, dass sich Mieten transparent und sozial verträglich entwickeln. Und wir schließen weitere Privatisierungen von städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften aus. Denn sie haben eine besondere Rolle bei der Gestaltung eines vielfältigen Wohnungsangebotes für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.
- Wir fördern neue Wohnformen, das Wohnen im Alter und die barrierefreie Gestaltung der Stadt. Außerdem führen wir die Quartiersverfahren in den Kiezen fort und betreiben eine zukunftsfähige Stadtteilentwicklung durch Stadtumbau- und Sanierungsgebiete. Und wir tun etwas für den Klima-

und Umweltschutz mit der energetischen Sanierung im Gebäudebestand.

- Wir treiben die Innenstadtplanung und besondere städtebauliche Projekte voran. So sind für die City West Leitlinien beschlossen worden, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung und den Wissenschaftsstandort zu fördern. Gemeinsam mit verschiedenen Beteiligten aus Bereichen wie Wirtschaft, Einzelhandel und Universitäten werden dazu Vorhaben entwickelt.
- Wir haben für rund 90 Prozent der bisher befristeten Kleingärten die Schutzfristen bis zum Jahr 2020 verlängert, etwa 10 Prozent davon sind sogar als Dauerkleingärten vorgesehen. Damit haben wir langfristige Perspektiven geschaffen.



Soziales

Soziale Gerechtigkeit ist ein zentraler Wert unserer Arbeit. Auf dem Weg zu einer solidarischen Stadtgesellschaft wollen wir sozialen Ungleichheiten entgegenwirken und Unterstützung da anbieten, wo der Bedarf am größten ist.

- Mit dem Berlinpass erhalten BezieherInnen von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherungsrente oder Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz ermäßigten Eintritt bei Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen. Zudem bekommt man mit dem Berlinpass auch die vergünstigte Monatsmarke von BVG und S-Bahn.
- Um die Qualität in den Pflegeeinrichtungen zu erhöhen, ist ein Runder Tisch eingerichtet und eine Transparenzinitiative gestartet worden. Die Mehrzahl

der Berliner Pflegeheime geben dabei freiwillig Auskunft über die Pflegequalität ihrer Häuser.

- Mit den Pflegestützpunkten werden seit diesem Sommer wohnortnah Anlaufstellen geschaffen, die alte und pflegebedürftige Menschen sowie deren Angehörige umfassend und unabhängig zu allen Fragen zu Pflege und Hilfsangeboten beraten. Die bisherigen zwölf Berliner „Koordinierungsstellen Rund ums Alter“ werden

zu Pflegestützpunkten und damit als Anteil des Landes Berlin in die neue Beratungsstruktur integriert.

- Stadtteilzentren sind eine wichtige soziale Infrastruktur in der Stadt. Sie unterstützen lokale Problemlösungen und fördern Bürgerschaftliches Engagement. Durch langfristige und verbesserte Finanzierung haben wir das Netz der Stadtteilzentren in den Bezirken dichter geknüpft.
- Trotz angespannter Haushaltslage konnten im Bereich der Häuslichen Gewalt und Zwangsverheiratung die Projektmittel aufgestockt werden und allen anderen Projekten eine leichte Erhöhung des Finanzrahmens eingeräumt werden. Damit haben wir die Unterstützung für Frauen in Not für die Zukunft verbessert.

Menschen mit Behinderung

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung sich möglichst barrierefrei in der Stadt bewegen können und die passende Unterstützung im Alltag erhalten. Im Mittelpunkt steht immer der selbstbestimmte Mensch mit seinem individuellen Anspruch auf Rehabilitation und Teilhabe.

→ Mit dem „Aufzugsprogramm“ werden die Berliner Bahnhöfe schrittweise mit Aufzügen, Rampen und Blindenleiteinrichtungen ausgestattet. 45 Prozent der U-Bahnhöfe sind heute bereits barrierefrei. 60 Prozent der Berliner Ampeln verfügen über Zusatzgeräte für blinde und sehbehinderte Menschen. Auch 60 Prozent der Bordsteinkanten an Kreuzungen und Einmündungen sind inzwischen abgesenkt.

→ Auf unsere Initiative hin hat der Senat ein Mobilitätskonzept für Menschen mit Behinderung erstellt. Das Konzept enthält Leitlinien zum Ausbau Berlins als behindertengerechte Stadt. Dazu gehören die barrierefreie Fahrplanauskunft, Mobilitätstrainings, Schulungen für FahrzeugführerInnen und MitarbeiterInnen des Sonderfahrdienstes und ein Begleitservice.



- Wir investieren weiterhin in einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr und stellen eine Verzahnung zwischen dem Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderung und dem ÖPNV her. Außerdem werden wir die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Berlin umsetzen.
- Mit einem Persönlichen Budget können Menschen mit Behinderung Leistungen zur Teilhabe selbständig einkaufen und bezahlen. Es ist eine Alternative zu den bisher üblichen Dienst- und Sachleistungen.

Toleranz

Wir kämpfen für die Vielfalt der Kulturen, Lebensformen und Lebensweisen in unserer Stadt.

- Mit der Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt treten wir aktiv Übergriffen gegen Lesben und Schwule entgegen. Ziel der Initiative ist es, die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu unterstützen.
- Mit der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ treten wir der Herabsetzung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung entgegen. Die Landesstelle soll Berlinerinnen und Berliner noch besser über ihre Rechte aufklären und ihnen Mut machen, sich bei Diskriminierungen zu wehren.



Verbraucherschutz



Wir setzen uns für Sicherheit, Sauberkeit, Fairness und Transparenz ein und stärken damit die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

→ Mit dem parlamentarischen Antrag zur Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes durch Einführung des dänischen Smiley-Systems in der Lebensmittelwirtschaft wurde schon zu Beginn der Legislatur die Grundlage für das jetzt in einigen Bezirken praktizierte Verfahren der transparenten Bewertung der Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen in Gaststätten gelegt.

→ In einer Ausschussanhörung auf Initiative der SPD-Fraktion wurden die Aufgabenwahrnehmung, die Leistung und die Struktur der Verbraucherzentrale Berlin kritisch gewürdigt – im Ergebnis werden strukturelle Verbesserungen umgesetzt und die vom Land Berlin bereitgestellten Mittel effizienter zum Nutzen der Beratung suchenden Verbraucher eingesetzt.

Sport

Ob Leichtathletik-WM, Berlin-Marathon, DFB-Pokalendspiel oder die Fanmeilen 2006 und 2008 während der internationalen Fußballturniere – Die Stadt hat als Gastgeberin für große Sportevents schon öfter ihre Weltoffenheit und Lebendigkeit bewiesen.

→ Die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 und das Endspiel der Frauen-Fußball-WM 2011 stärken die Bedeutung der Sportmetropole Berlin. Veranstaltungen wie diese entwickeln sich immer mehr zum Wirtschaftsfaktor für die ganze Stadt und schaffen damit Arbeitsplätze.

→ Wir kümmern uns auch um den Breitensport. In Berlin können Vereine Sportanlagen kostenlos nutzen, anders als in vielen anderen Bundesländern. Wir haben die Vereine durch mehr

Verantwortung gestärkt, zum Beispiel durch Übertragung der Schlüsselgewalt.

→ Wir investieren jedes Jahr mehrere Millionen in die öffentlichen Sportanlagen und Schwimmbäder. Die öffentlichen Hallenbäder werden bis 2012 saniert. Dafür stehen rund 67 Millionen Euro zur Verfügung.



Inneres, Recht und Sicherheit

Wir bekämpfen in Berlin aktiv linke und rechte Gewalt und setzen auf konsequente Strafverfolgung bei Rechtsbrüchen. Die Zahl der Straftaten ist in Berlin im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. Wir haben eine hervorragende Aufklärungsquote. Ebenso wichtig ist uns die Kooperation zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern zur Gewaltprävention.

- Insbesondere bei jugendlichen Intensivtätern und Gewalttaten von Jugendgruppen haben sich neue Verfahren der Berlin Staatsanwaltschaft wie das Intensiv- und Schwellentäterkonzept bewährt, die den jugendlichen Tätern schnell die Grenzen aufzeigen. Dabei werden in einer „Täterakte“ alle wichtigen Informationen über die Person gesammelt, und es ist stets der gleiche Staatsanwalt zuständig.
- Wir haben das Berliner Polizeirecht (ASOG) geändert, um vor allem die immer wichtiger werdenden Fragen des Umgangs mit Videoaufzeichnungen im öffentlichen Raum eindeutig zu regeln. Dabei haben wir einen guten Ausgleich zwischen Sicherheitsinteressen und Wahrung des Datenschutzes geschaffen.
- Mit der Überarbeitung des Volksabstimmungsgesetzes hat die SPD-Fraktion die Hürden für Volksbegehren

und Volksentscheide herabgesetzt. Die Verfahrensregeln wurden deutlich vereinfacht. So können Stimmen für Volksbegehren frei gesammelt werden, man muss dafür nicht mehr in die Bürgerämter gehen.

- Mit dem Bau der JVA Heidering in Großbeeren entsteht die modernste Haftanstalt Deutschlands mit einem umfassenden Sicherheitskonzept und Arbeitsgelegenheiten für die Gefangenen.
- Wir haben eine Leitstelle für Sektenfragen eingerichtet, die Bürgerinnen und Bürgern als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung steht.
- Mit der einheitlichen Behördenrufnummer 115 bieten wir Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen einen direkten Draht in die Verwaltungen.



Gesundheit

Aufklärung, Prävention und Schutz sind uns wichtig. Wir machen Gesundheitspolitik mit Augenmaß für Berlin.

- Mit dem Netzwerk Kinderschutz nimmt Berlin eine Vorreiterrolle im Kampf gegen Verwahrlosung, Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen ein. Die zahlreichen Maßnahmen betreffen die Bereiche Prävention, Früherkennung, Beratung und Krisenintervention. So ist die Hotline Kinderschutz rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr erreichbar.
- Das Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes wird derzeit im Parlament beraten und soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Hier liegt der Schwerpunkt auf einem verbindlichen Einladewesen für die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und präventiven Maßnahmen für Eltern.
- Berlin ist Vorreiter beim Nichtraucherchutz. Mit Augenmaß haben wir die Interessen von Nichtrauchern und Rauchern abgewogen und das Rauchen in öffentlichen Einrichtungen und in Gaststätten weitgehend untersagt. In den so genannten Einraumgaststätten darf weiter geraucht werden.
- Wir wollen die Aufklärung über HIV und AIDS verbessern. Deshalb haben wir den Senat aufgefordert zu prüfen, wie die HIV-/AIDS-Präventionsstrategie weiterentwickelt werden kann, und dazu die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts vorzulegen. Dabei soll auch die Qualität der bestehenden Versorgungsstruktur und die Zusammenarbeit der freien Träger, Organisationen, Ärzte, Krankenkassen und Verbände überprüft werden. In den Schulen soll der Senat Sorge dafür tragen, dass alle Mädchen und Jungen jeweils mindestens einmal in der Grundschule und in der weiterführenden Schule über sexuell übertragbare Krankheiten informiert werden.

Umwelt

Berlin ist Spitze bei der umweltfreundlichen Energieversorgung und Vorbild für andere deutsche Städte und Kommunen.



- Alle öffentlichen Einrichtungen Berlins werden mit dem neuen Stromvertrag ab 2010 mit zertifiziertem Ökostrom beliefert. Schon seit 2003 bezieht das Land keinen Atomstrom mehr. Berlin hat eines der größten Fernwärmenetze Europas, das weiter ausgebaut wird.
- Die SPD hat gemeinsam mit den Umweltverbänden verhindert, dass Vattenfall in Lichtenberg ein neues Steinkohlekraftwerk baut. Stattdessen werden ein Gaskraftwerk und Anlagen, die mit Biomasse befeuert werden, errichtet.
- Wir investieren umfassend in die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, damit deren Energieverbrauch sinkt und das Klima geschont wird. Modernisiert werden vor allem Schulen und Kultureinrichtungen.

Neben Klimaschutz und Energieeffizienz tun wir so auch etwas für die lokale Wertschöpfung und damit für mehr Arbeitsplätze.

- Berlin hat als erste deutsche Großstadt eine Umweltzone eingerichtet, um den gefährlichen Ausstoß an Feinstaub und Stickstoffdioxid zu reduzieren. Die verschärften Abgasbestimmungen für eine bessere Luftqualität gelten für alle Autos innerhalb des S-Bahn-Rings. Für Gewerbefahrzeuge gibt es Ausnahme- und Übergangsregelungen.
- Mit dem geplanten Klimaschutzgesetz wollen wir den Klimaschutz in Berlin wirtschaftlich und sozial verträglich voranbringen. Dabei beziehen wir die Interessen von Mietern, Hauseigentümern und der Wirtschaft mit ein.

Impressum

Herausgeber

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin-Mitte
Telefon (030) 23 25 22 22
Telefax (030) 23 25 22 29
spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de
www.spdfraktion-berlin.de

November 2009

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zu Zwecken des Wahlkampfes verwendet werden.

Bildnachweis

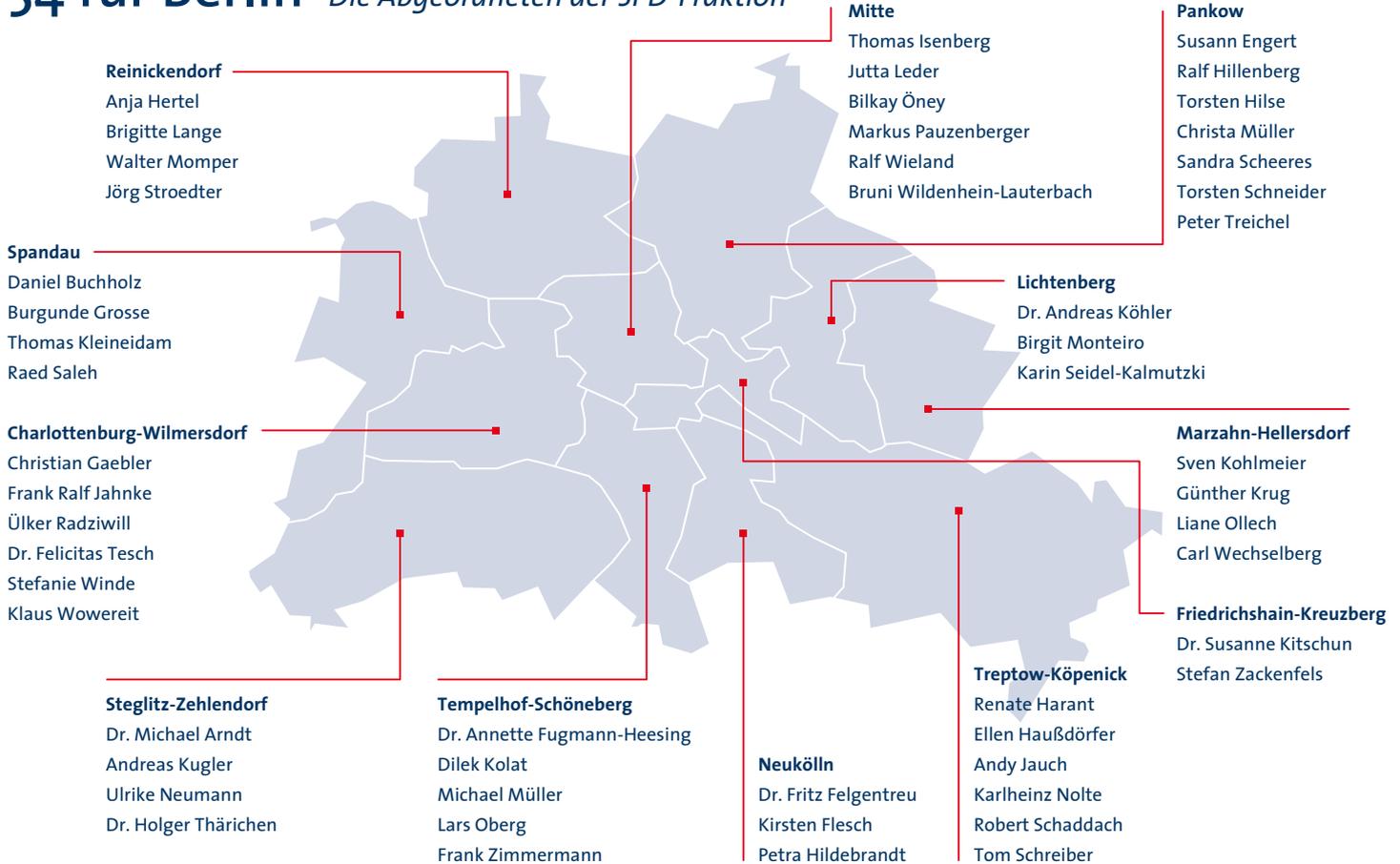
S. 2-3, 13 iStockphoto.com
S. 4 Hans Scherhauser
S. 6-7 DIGITALstock.de
S. 8 Gillette Deutschland
S. 9 Solon Se
S. 10, 27 BilderBox.com
S. 11, 21, 23, 26 fotolia.com
S. 12 Clipdealer.de
S. 15 Technische Universität Berlin
S. 16-17 Land Berlin/Thie
S. 18 Jürgen Stumpe, berlin-photos.de
S. 24 Berlin Partner/FTB-Werbefotografie
S. 19 pixelio.de
S. 22 Landesarchiv Berlin/Platow, Thomas

Zum Titelbild:



Die SPD-Fraktionen von Berlin und Brandenburg besuchen das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands, die Baustelle des Großflughafens Berlin Brandenburg International.

54 für Berlin *Die Abgeordneten der SPD-Fraktion*



www.spdfraktion-berlin.de